

TOP 3.5.1 AK Studie: ATX-Bosse gehen im Schnitt mit 1,4 Mio. Euro heim

Bisherige Maßnahmen zeigen keine Wirkung – neue Gesetze müssen her

Was die einen locker zurückgeben können, von dem könnten andere jahrelang leben: Im aktuell von der Arbeiterkammer durchgeführten Gagen-Ranking der ATX-Vorstände zeigt sich ein weiterer Aufwärtstrend. Im Schnitt verdienen die Manager der Top-Börsenfirmer im Vorjahr 1,4 Millionen Euro –um 6,5 Prozent mehr als 2011. Damit erhält ein ATX-Manager das 49-fache eines österreichischen Durchschnittsgehalts. Ein genauer Blick in die Geschäftsberichte zeigt: Bei den variablen Vergütungen dominieren harte Finanzkennzahlen und die Entwicklung des Aktienkurses das Anreizsystem – nachhaltige Unternehmens-Parameter fehlen meist. Die AK fordert deshalb entsprechende gesetzliche Schritte, um den „Wildwuchs“ bei den Managergehältern einzudämmen.

PRESSEDIENST
MEDIENINHABER, REDAKTION
HERSTELLUNG
KAMMER FÜR ARBEITER
UND ANGESTELLTE FÜR WIEN
PRINZ EUGEN STRASSE 20-22
1040 WIEN
VERLAGS-, HERSTELLUNGSORT
1040 WIEN
REDAKTION
AK WIEN, KOMMUNIKATION
T 01 501 65 - 2565
<http://wien.arbeiterkammer.at>

5,38 Millionen Euro – so viel erhielt 2012 der Spitzenverdiener unter den ATX-Vorständen. Sein Name: Wolfgang Leitner, Vorstandsvorsitzender des Anlagenbauers Andritz. Allerdings hat Leitner den ersten Platz nur dem Goodwill von Raiffeisen Bank International-Boss Herbert Stepic zu verdanken. Denn dieser hätte mehr als 5,7 Millionen Euro erhalten (inklusive der fusionsbedingten Umwandlung von Vertragsansprüchen). Doch Stepic zahlte zwei Millionen Euro an die Bank zurück. In einer Situation einer doch massiven Krise in Europa und wo er in der Raiffeisen Bank International überall den Rotstift ansetze, müsse er selber etwas tun, so der Raiffeisen Bank International-Vorstandschef. Und der Vollständigkeit halber: Platz drei geht mit 2,9 Millionen Euro an Voestalpine-Vorstandsboss Wolfgang Eder.

1 Jahr = 28 Jahre

Im Schnitt verdienen die Manager der Top-Börsenunternehmen im Vorjahr 1,4 Millionen Euro (plus 6,5 Prozent) und damit das 49-fache eines österreichischen Durchschnittsgehalts. Oder in anderen Worten: Von dieser Summe könnte eine Familie bestehend aus zwei Erwachsenen und zwei Kindern 28 Jahre lang ihre Gesamtausgaben decken. Ein kurzer Blick in die Vergangenheit zeigt die Dynamik bei der Entwicklung der Vorstandsbezüge: 2000 lag der Faktor noch beim 20-fachen. Zurück in die Gegenwart: 40 Prozent der ATX-Chefs lukrierten 2012 mehr als eine Million Euro. Dagegen verdienten nur zehn der insgesamt 78 Vorstände weniger als 500.000 Euro. Das aber vor allem deshalb, weil sie nicht das ganze Jahr über beschäftigt waren.

Finanzkennzahlen und der Aktienkurs dominieren

Keine Auswirkung zeigt bisher auch die Novelle zum Aktiengesetz, wonach die Gestaltung der Vorstandsbezüge darauf beruhen soll, langfristige Anreize zur nachhaltigen Unternehmensentwicklung zu setzen. „Bei den Anreizen für die variable Vergütung dominieren Finanzkennzahlen wie EBIT oder Return on Capital Employed oder die Steigerung des Aktienkurses. Diese verleiten aber zu hoher Risikofreude und zu kurzfristiger und kurzsichtiger Unternehmensführung. Dagegen fehlen nicht ökonomische Kriterien wie das Schaffen neuer Arbeitsplätze oder Qualifizierungsmaßnahmen“, kritisiert AK Präsident Rudi Kaske. Im gesamten ATX finden sich nur zwei Unternehmen (Erste Group und OMV), die erweiterte, nicht-finanzielle Parameter einsetzen.

Zu hohe Bonus-Obergrenzen

Bereich Information– Ficzkó

Zudem verfehlen die Caps (Obergrenzen für die variable Vergütung) ganz klar ihre limitierende Wirkung. Denn diese betragen in der Spitze bis zu 300 Prozent. In der Folge machte 2012 der variable Anteil bei 70 Prozent aller ATX-Vorstände mehr als die Hälfte des Fixgehalts aus, bei einem Drittel der Manager war der Bonus sogar mehr als doppelt so hoch als das Fixum. „Grenzen, die variable Vergütungen bis zum 3-fachen des Fixgehalts erlauben, sind nicht vertretbar“, kritisiert daher Kaske.

Da die Bremsen für überbordende Managergehälter offenbar nicht greifen, fordert die AK die rasche Umsetzung von Gesetzen, die für eine Vergütungsgestaltung sorgen, die nicht nur auf die Shareholder, sondern auf alle Stakeholder (MitarbeiterInnen, Öffentlichkeit usw.) abzielt.

Die konkreten Forderungen

+Managergehälter ab 500.000 Euro sollten nicht mehr als Bemessungsgrundlage zur Körperschaftsteuer als Betriebsausgabe abgesetzt werden können. Exorbitant hohe Vergütungen führen zu einem Steuerausfall bei der Körperschaftsteuer, wodurch dem Staat wichtige Einnahmen entgehen.

+Variable Bezüge (inklusive aktienbasierte Vergütung) müssen dringend auf maximal 50 Prozent des Fixgehalts beschränkt werden.

+Die Gestaltung der Vorstandsvergütung ist eine zentrale Aufgabe des Aufsichtsrats und muss das auch bleiben. Ein passendes Instrument wäre die dynamische Deckelung: Die maximale Höhe sollte über einen Faktor an die Lohn- und Gehaltsstruktur des jeweiligen Unternehmens gekoppelt sein. Dieser muss im Geschäftsbericht veröffentlicht werden.

Die vollständige Studie finden Sie im Internet unter www.arbeiterkammer.at